

(Anschrift der Bewilligungsbehörde)

Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen  
Geschäftsstelle Forst / Direkte Förderung  
Albrecht-Thaer-Straße 34  
48147 Münster

## Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung des Landes NRW gemäß der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Waldgenossenschaften nach Gemeinschaftswaldgesetz“ vom 18. Mai 2021, MBI. NRW 2021 Nr. 15 S. 319

### 1. A) Antragstellerin/Antragsteller

1. A) 1. Name, Bezeichnung	Name (Bezeichnung der Waldgenossenschaft)	
1. A) 2. Anschrift	Straße: PLZ, Ort : ,	
1. A) 3. Unternehmensnummer	U.-Nummer:	
1. A) 4. Umsatzbesteuerung nach § 24 UStG	<input type="checkbox"/> Regelbesteuerung (optierend) <input type="checkbox"/> Durchschnittsbesteuerung (pauschalierend)	
1. A) 5. Vertretungsberechtigte Person(en)		
1. A) 6. Auskunft erteilt	Name: Telefon:	E-Mail: Telefax:
1. A) 7. Geschäftsführung	Name: Unternehmen:	
1. A) 8. Bankverbindung	IBAN: Name des Kreditinstituts:	BIC:
1. A) 9. Waldbesitzstruktur	Gesamtgröße der Waldgenossenschaft lt. Flächenbuch der Forsteinrichtung:        ha	
1. A) 10. Forsteinrichtung	Datum Gültigkeit bis: _____	
1. A) 11. Satzung des Zusammenschlusses	genehmigt durch: genehmigt am:	
1. A) 12. Mitglied in forstl. Zusammenschluss	<input type="checkbox"/> Mitglied in folgendem forstl. Zusammenschluss: <input type="checkbox"/> kein Mitglied <u>und</u> nicht nach dem 31.12.2019 aus einem forstl. ZS ausgetreten	
1. A) 13. geplantes Beschäftigungsverhältnis	<input type="checkbox"/> Dienstleistungsvertrag <input type="checkbox"/> sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	

<b>1. A) 14. Bewirtschaftungsgrundsätze</b>	<input type="checkbox"/> die Wirtschaftsplanung, die technische und biologische Produktion sowie die Förderung der Biodiversität im Wald entsprechen den Bewirtschaftungsgrundsätzen des Gemeinschaftswaldgesetzes und demnach auch meines Zusammenschlusses
---	--

**1. B) Angaben, falls eine Vertretung gem. Nr. 7.2 der Förderrichtlinie erfolgt**

Nur ausfüllen, falls eine Vertretung gem. Nr. 7.2 der Förderrichtlinie, durch einen übergeordneten Zusammenschluss (FBG) erfolgen soll und dieser Zusammenschluss die Förderung für eine oder mehrere Waldgenossenschaften beantragt. Weitere Waldgenossenschaften können über die **“Anlage Nr. 1 B) Sammelantrag“** aufgeführt werden.

Falls keine Vertretung durch einen übergeordneten Zusammenschluss weiter mit Nr. 2 dieses Antragsformulars

<b>1. B) 1. Name, Bezeichnung des übergeordneten/ vertretenden Zusammenschlusses</b>		
<b>1. B) 2. Vertretungsberechtigte Person(en)</b>		
<b>1. B) 3. Auskunft erteilt</b>	Name:  Telefon:	E-Mail:  Telefax:
<b>1. B) 4. Bankverbindung</b> nur angeben, wenn <u>keine</u> Überweisung auf Konto der Waldgenossenschaft(en)  <b>Auszahlung der unter 1. A) genannter WG soll auf das Konto des übergeordneten/ vertretenden Zusammenschlusses erfolgen:</b>	IBAN:  Name des Kreditinstituts:  Bankbestätigung als Anlage dieses Antrages hinzufügen  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	BIC:
<b>Anzahl weiterer Waldgenossenschaft in ergänzender <u>“Anlage Nr. 1. B) Sammelantrag“</u></b>		

**2. Maßnahme**

<b>2.1 Bezeichnung und Beschreibung der Maßnahme</b>
<u>Beschreibung der Maßnahme:</u>  Ausführung von Betreuungsdienstleistungen in den Forstbetrieben der Mitglieder des forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses für die Wirtschaftsplanung, die biologische Produktion, die technische Produktion und die Förderung der Biodiversität im Wald. Hierzu zählen auch gelegentliche oder anlassbezogene, fachliche und allgemeine Auskünfte, Anregungen und Informationen für meine Mitglieder.
<b>2.2 Durchführungszeitraum</b>
voraussichtlicher Beginn des Vorhabens, Monat/Jahr: _____ / _____
voraussichtliches Ende des Vorhabens, Monat/Jahr: _____ / _____

### 3. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

Falls Sammelantrag gem. Nr. 7.1 der Förderrichtlinie, hier Gesamtfinanzierung aller Waldgenossenschaften darstellen

<b>3.1 Gesamtkosten Betreuungsdienstleistung</b> - auf Grundlage der Gesamtkosten Betreuungsdienstleistung einschl. MwSt. für pauschalierende Betriebe	EUR					
<b>3.2 Beantragte Förderung</b> - auf Grundlage der Gesamtkosten Betreuungsdienstleistung einschl. MwSt. für pauschalierende Betriebe (gem. Nr. 4.1) und - nach Jahren der voraussichtlichen Fälligkeit in EUR	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>	<b>2027</b>
	<b>Angabe netto (ohne MwSt.)</b>					
<b>3.3 Darlehen</b>	EUR					
<b>3.4 Leistungen Dritter</b> (ohne öffentliche Förderung)	EUR					
<b>3.5 Eigenanteil</b>	EUR					
<b>3.6 zusätzlich zu diesem Antrag beantragte/bewilligte öffentliche Förderung<sup>1)</sup></b>	Förderprogramm/Richtlinie:  EUR					

1) Mit Bezug auf die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen“

### 4. Persönliche Verpflichtungen / Erklärungen

#### Ich verpflichte mich

- 4.1. die für wissenschaftliche Evaluierungen erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen,
- 4.2. der bewilligenden Stelle auf deren Anforderung zu Kontrollzwecken weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorzulegen,
- 4.3. der bewilligenden Stelle die geleisteten Stunden der/des Dienstleisters/in bzw. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/n in einem von ihr vorgegebenen Tätigkeitsnachweis zu bestätigen,
- 4.4. der bewilligenden Stelle Änderungen der Bemessungsgrundlage unverzüglich mitzuteilen, soweit sie Auswirkungen auf die Höhe des Zuwendungsbetrages haben,

#### Ich erkläre, dass

- 4.5. im Förderzeitraum keine Betreuungsverträge gemäß jeweiliger gültiger Entgeltordnung mit dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen bestehen und bestehen werden,
- 4.6. ich keine Fördergelder für Holzverkauf, allgemeine Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten inklusive Reisekosten, Rechts- und Steuerberatung, Personalverwaltung und die Übernahme von gesetzlichen Verpflichtungen, z.B. Kontrollen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht beantragen werde,
- 4.7. ich und/oder das von mir beauftragte Unternehmen für die verantwortliche Ausführung der Dienstleistung vor Ort nur Personal mit einem forstwissenschaftlichen Hochschulabschluss, einem forstlichen Fachhochschulabschluss oder einem als gleichwertig anerkannten Abschluss einsetzen,
- 4.8. ich vor Abschluss eines Dienstleistungsvertrages:
  - bei einem Gesamtbetrag der Zuwendung bis einschließlich 100.000 EUR Aufträge und Verträge allein unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vergabe beziehungsweise abschließe,
  - bei einem Gesamtbetrag der Zuwendung von mehr als 100.000 EUR, die Regeln nach Nr. 3 ANBest-P beachten
  - die Leistung eindeutig und so erschöpfend beschreibe, dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Sinne verstehen und die Angebote miteinander verglichen werden können.
- 4.9. sofern ein Dienstleistungsvertrag geschlossen wird, er eine Laufzeit von fünf Jahre nicht überschreitet,
- 4.10. Förderung nur für Vorhaben auf in Nordrhein-Westfalen gelegene Forstflächen beantragt wird,

- 4.11. die ausgeschriebenen Betreuungsleistungen den satzungsgemäßen Aufgaben des Zusammenschlusses entsprechen,
- 4.12. für die Mitgliedsflächen meines Zusammenschlusses ein Forsteinrichtungswerk vorliegt, dessen Gültigkeitsdatum nicht länger als 1 Jahr zurückliegt. Eine Ausnahmeregelung werde ich begründen und beantragen.
- 4.13. bei der Fördermaßnahme nur Unternehmerleistungen gegen Rechnung zur Berechnung der Förderung von mir angegeben werden. Sofern Eigen- oder Sachleistungen bei der Maßnahme erbracht werden, werden diese entsprechend dem Verbot der Förderung von Eigenleistungen, nicht zum Gegenstand der Förderung gemacht.
- 4.14. mit dem beantragten Vorhaben noch nicht begonnen wurde (als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich eine Auftragserteilung, also der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten)."

**Ich erkläre, dass ich davon Kenntnis genommen habe, dass**

- 4.15. bei Nichteinhaltung aller Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen kann und eventuell Sanktionsmaßnahmen gemäß den geltenden EU-Vorschriften verhängt werden müssen,
- 4.16. Dienstleistungsverträge zur Betreuungsleistung von mir geschlossen und die Rechnungen an mich/uns adressiert sein müssen,
- 4.17. die Umsatzsteuer von pauschalierenden Betrieben gemäß § 24 Umsatzsteuergesetz, die nach § 15 Umsatzsteuergesetz nicht als Vorsteuer abziehbar ist, zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählt.
- 4.18. die Gewährung der Zuwendungen unter Beachtung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013) erfolgt. Der Gesamtwert der einem einzigen Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen darf 200.000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren nicht übersteigen. Zur Berechnung zählt der Zeitpunkt, in dem der Rechtsanspruch auf die Beihilfegewährung entsteht,
- 4.19. nach § 2 Absatz 1 der Mitteilungsverordnung (MV) den Finanzämtern mitzuteilen ist, wenn Zahlungen nicht auf das Geschäftskonto des Begünstigten erfolgen.

**Ich erkläre mich damit einverstanden, dass**

- 4.20. die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV.NRW 2010). Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind,
- 4.21. die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane kontrolliert werden können, ich oder meine Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Gebäude bezeichnen und es auf oder in diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen muss,
- 4.22. die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden und an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können,

## 5. Erforderliche Unterlagen (von jeder Waldgenossenschaft diesem Antrag beizufügen)

- aktuelle und genehmigte Satzung der Waldgenossenschaft
- Nachweis/Vollmacht der gesetzlichen Vertretung für die Waldgenossenschaft (z.B. Wahlprotokoll)
- Nachweis, dass die Gültigkeit Ihres Forsteinrichtungswerkes nicht länger als ein Jahr zurückliegt
- aktueller Auszug aus dem Flächenbuch nach Forsteinrichtung (inkl. Gemarkung, Flur und Flurstück in Hektar)
- Nachweis eines anerkannten Wald-Zertifizierungssystems inkl. Flächenangabe (z.B. Rechnung)
- original „De minimis“ –Erklärung
- falls Sammelantrag:
  - weitere Anlagen zum Sammelantrag (Angaben weiterer Waldgenossenschaften) - Anlage Nr. 1 B)
  - Bankbestätigung des übergeordneten ZS (Name, Adresse, Geburtsdatum, Bankverbindung)
  - Nachweis/Vollmacht der gesetzlichen Vertretung des vertretenden FWZ (z.B. Wahlprotokoll)
  - \_\_\_ Anzahl der beigefügten “Anlagen Nr. 1 B) Sammelantrag“
- Anschreiben zur Angebotseinholung, einschließlich Leistungsbeschreibung und Auswahlkriterien
- Angebote, soweit bereits vorliegend und Absageschreiben oder entsprechende Telefonvermerke
- Leistungsbestimmungen der Angebotseinholung
- Protokoll über Auswahl des Dienstleistenden, z.B. in Form einer Bewertungsmatrix
  - zzgl. original Neutralitätserklärung
  - zzgl. original Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
- Nachweis der Qualifikation des Dienstleistenden oder der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Person, soweit bereits vorliegend
- Dienstleistungsvertrag, soweit bereits vorliegend

---

Ort, Datum

---

Name, Unterschrift(en)

bei Antrag nach 1 A ) der Waldgenossenschaft, nach 1 B)

des Forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses in Vertretung

Das Zuwendungsverfahren enthält eine Reihe von Bestimmungen, die zur Absicherung der Zuwendung vorgeschrieben sind und für Sie selber Klarheit schaffen. Für eine reibungslose Abwicklung ist es deshalb in unserem beiderseitigen Interesse notwendig, engen Kontakt zu halten. Hierdurch lassen sich unnötige Komplikationen aufgrund von Leistungsverzögerungen, Auftragserweiterungen, Kostensteigerungen usw. vermeiden. Für alle Fragen, die sich in diesem Verfahren ergeben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.